

Mission: Impossible

Ist China eine »Marktwirtschaft« im WTO-Sinne? Zweifel daran könnten ein globales Wirtschaftsbeben auslösen. Der Westen schickt Angela Merkel vor

Von Dieter Schubert



Diesmal wird es schwieriger: Begrüßung der Kanzlerin im Oktober durch Studenten in Hefei

Foto: JOHANNES EISELE/Reuters

Am Sonntag ist wieder Jetlag angesagt. Bundeskanzlerin Angela Merkel macht sich auf nach Peking. Wieder, denn die letzte Visite liegt gerade einmal sieben Monate zurück. Es gibt gewichtige Gründe dafür: Es geht um den Handel zwischen der Volksrepublik und der EU, die Wirtschaftsbeziehungen und die daraus erwachsenden politischen Implikationen.

Knackpunkt ist eine Frage, die sich aus der Mitgliedschaft Chinas in der Welthandelsorganisation WTO ergibt: die Anerkennung als »Marktwirtschaft«. Ende des Jahres läuft die entsprechende 15jährige Übergangsfrist für die inzwischen zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, die zudem als größte Industrie- und Exportmacht gilt, ab. Zwar haben fast 100 der 153 WTO-Mitglieder die Anerkennung bereits ohne großes Ritual vollzogen, die USA und deren wichtigste »Follower« allerdings nicht. Jetzt droht die Zeit abzulaufen, in der man im Westen einen Kompromiss zu erreichen hofft. China will und braucht die Anerkennung als Grundlage für gleichberechtigte Handelsbeziehungen. Eine Verweigerung aber könnte teuer werden für viele Beteiligte. Besonders für den »Exporteuropameister« BRD.

Ob die Kanzlerin das diplomatische Gewicht mitbringt, in China Verständnis für die imperialistische Attitüde der früheren Großmächte zu erreichen, scheint zweifelhaft, misst man ihr Wirken an den Erfolgen im eigenen Gehege. Wirtschaftlich ist Berlin wohl der einzige in Frage kommende Vermittler. Die USA haben das ganze Dilemma verursacht, als sie im Vorfeld von Chinas WTO-Beitritt 2001 besagte Klauseln in die Verträge drückten. Japan wird in Peking nicht als Verhandlungspartner akzeptiert, und die anderen in Frage kommenden Kandidaten (EU-Kommission;

Frankreich, Großbritannien) haben schlicht nicht den ökonomischen Status, in dieser Hinsicht etwas zu bewegen.

In Peking sieht man das Gewürge um die »Anerkennung« mit Sorge und Ärger. Dazu trägt auch die Ende 2015 angezettelte Kampagne bei, wonach Chinas Industrie die EU-Märkte mit »billigem Stahl« überschwemme. Diese wurde nahezu beispielhaft inszeniert; angefangen vom Klagegeschrei der EU-Lobby über die »Warnungen« der Stahlproduzenten, in »Europa« Jobs abbauen zu müssen, bis zu großen Kundgebungen und Demonstrationen, zu denen Gewerkschaften mobilisiert hatten. Dazu gehörte eine Rundumbegleitung des Themas durch die Mainstreammedien und der Ruf nach Schutzzöllen – die unter WTO-Mitgliedern nicht erlaubt sind. Ökonomen, die nicht als Lobbyisten reüssieren, sind sich weitgehend einig, dass nicht in erster Linie die »Überkapazitäten« im Reich der Mitte für den Verfall der Preise verantwortlich sind. Es ist die globale Verwertungskrise, die zu stagnierendem bzw. zurückgehendem Absatz führt, mit all ihren Folgen.

Jetzt hat auch Brüssel »Alarm« gerufen. Die EU-Kommission »warnte« zu Wochenbeginn vor einem Handelskonflikt mit dem fernöstlichen Konkurrenten und Partner. Anlass war die Mahnung aus Peking, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen könnten Schaden nehmen, sollte China den Status einer Marktwirtschaft nicht gewährt werden, hieß es von der Nachrichtenagentur *Xinhua* am Dienstag in einem Kommentar: »Das schlimmste Szenario könnte ein ausgewachsener Handelskrieg sein.«

Den kann sich die EU definitiv nicht leisten – was nicht ausschließt, dass die »Eliten« den Staatenbund dennoch genau in eine solche Situation manövrieren. Im Mai hatte das EU-Parlament die Anerkennung verweigert. Das ist formal zwar zu vernachlässigen, bringt aber die Herrschenden in Erklärungsnot.

China ist nicht Russland. Schon der Wirtschaftskrieg gegen den früheren Partner führt zahlreiche Branchen und Unternehmen im Westen an den Rand des Aufruhrs gegen »den Primat der Politik«, dem sich maßgebliche Kapitalvertreter wie der deutsche Industrieverband BDI unterworfen hatten. Ein spürbarer Rückgang der Geschäfte mit chinesischen Firmen könnte das Fass zum Überlaufen bringen. Ein ernsthafter Handelskonflikt mit Peking kann enormen Schaden anrichten. Der zuletzt vor allem durch EZB-Zwangsbeatmung und kreative Statistiker vorgeführte »Konjunkturaufschwung« in EU und Euro-Raum würde wieder zu einer Rezession werden.

Globalstrategisch gesehen bläst die EU zwar die Backen auf, ist aber von ihren Krisen (Euro, Wachstumsschwäche, »unkontrollierte Zuwanderung«, Ukraine-Konflikt, Türkei, Akzeptanzverlust in weiten Kreisen der eigenen Bevölkerung) nahezu paralysiert. Die aggressive Ausweitung der NATO-Doktrin soll zwar davon ablenken und eine Art Burgfrieden erzwingen. Aber das ist unrealistisch. Natürlich haben ein paar schlaue Köpfe im Auswärtigen Amt Merkel einen Zettel zugesteckt: Scheitert ein Kompromiss mit Peking, kann das zu einer weiteren – nicht erwünschten – Annäherung Chinas an Moskau führen. Aber der Zettel der EU-Wirtschaftslobby dürfte mindestens ebenso wichtig sein.

Der Merkel-Trip könnte zur »Mission: Impossible« werden.

Sie muss den Balanceakt zwischen US-Vorgaben und EU-Eigeninteressen weiterführen, bei dem sie im Zweifel stets Washington nachgegeben hatte (NSA-Spionage, Russlandsanktionen, etc.). Das weiß man in Peking. Dort ist man nicht nur von dem Hickhack um die »Marktwirtschaft« genervt.

Auch die Nadelstiche Washingtons im Pazifikraum, wie die Aufforderung zur Räumung der Spratly-Inseln, haben die chinesische Führung verärgert. Mit Sorge werden dort zudem Bestrebungen im Westen verfolgt, Investitionen einheimischer Konzerne in bestimmten Schlüsselbranchen »einzuhegen«, wie zuletzt beim Streit über den deutschen Roboterhersteller Kuka deutlich wurde.

(Mit *dpa*, *AFP*)

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160608jw.pdf>